

## NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

**Sitzungsnummer:** SOA/05/2005  
**Gremium:** Sozialausschuss  
**Tag:** Donnerstag, 25.08.2005  
**Ort:** Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201  
**Beginn:** 16:00 Uhr

### A. TAGESORDNUNG

---

#### I. Öffentlicher Teil

---

1. Mitteilungen
2. Anfrage Bündnis 90/ Die Grünen gem. § 10 I GeschO des Rates zu Äußerungen des ARGE Mitarbeiters Herrn Jurjahn in der Westfalenpost-Ausgabe vom 23.07.2005
3. Anfrage Bündnis 90/ Die Grünen gem. § 6 III GeschO des Rates zur Übernahme der Energiekostensteigerungen bei SGB II- und SGB XII- Leistungsberechtigten aus den Jahresverbrauchsabrechnungen 2004
4. Frühförderung  
Empfehlungsbeschluss der Bezirksvertretung Eilpe/Dahl, das Gesundheitsamt zu beauftragen, alle Eltern von Kindern bis zu 6 Jahren auf die Möglichkeit von Frühförderungen von Kindern hinzuweisen.  
Vorlage: 0559/2005
5. Pflegekonferenz nach § 5 Landespflegegesetz Nordrhein-Westfalen (PfG NW)  
Vorlage: 0460/2005
6. Frauenberatungsstelle- Jahresbericht 2004
7. Geschäftsbericht 2004 für den Fachbereich Jugend und Soziales ( 2. Lesung)  
Vorlage: 0473/2005
8. Zuschüsse an die Wohlfahrtsverbände und andere  
hier: Jahresberichte 2004 ( 2. Lesung)  
Vorlage: 0476/2005



9. Bericht HALZ zur aktuellen Situation nach dem SGB II
10. Anfragen gemäß § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung



## B. SITZUNGSVERLAUF

---

### I. Öffentlicher Teil

---

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

#### 1. Mitteilungen

##### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Machatschek eröffnet die erste Sitzung des Sozialausschusses nach der Sommerpause. Unter Aushändigung eines Blumenstraußes der Wohlfahrtsverbände wird die neue Leiterin des Gesundheitsamtes Frau Dr. Sommer von den Ausschussmitgliedern begrüßt.

Die Tagesordnung der Sitzung wird vom Ausschuss wie folgt geändert:

- der TOP 3 wird vertagt auf die nächste Sitzung
- der TOP 9 wird TOP 3
- der TOP 8 wird vorgezogen auf TOP 4

Herr Steuber teilt mit, dass für die sog. Lernmittelbefreiung folgendes gilt: der Regelung unterfallen nur SGB II Empfänger, die im letzten Jahr bereits Leistungen nach dem BSHG bezogen haben.

Zur ärztlichen Betreuung in der Tuchmacherstr. teilt Frau Dr. Sommer mit, dass die Tätigkeit dort mittlerweile von zwei Ärzten aufgenommen worden ist. Es soll jeden Mittwoch von 11.00 – 12.00 Uhr eine Sprechstunde vor Ort stattfinden, die zwei Tage zuvor angekündigt wird. Exemplarisch führt Frau Dr. Sommer aus, dass am vergangenen Mittwoch drei Personen die Sprechstunde aufsuchten, wobei eine Behandlung allerdings an der fehlenden Ausstattung scheiterte.

Herr Stüwe berichtet, dass einmalig 630 000 Euro Landesleistungen zur Versorgung von Flüchtlingen eingefordert werden konnten.

#### **Beschluss:**

#### 2. **Anfrage Bündnis 90/ Die Grünen gem. § 10 I GeschO des Rates zu Äußerungen des ARGE Mitarbeiters Herrn Jurjahn in der Westfalenpost-Ausgabe vom 23.07.2005**

##### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**



Herr Rumberg nimmt zur Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen ausführlich Stellung. Hinsichtlich des Inhalts kann auf die dem Protokoll beigefügte Stellungnahme der ARGE Hagen vom 23.08.2005 zurückgegriffen werden.

**Beschluss:**

3. **Anfrage Bündnis 90/ Die Grünen gem. § 6 III GeschO des Rates zur Übernahme der Energiekostensteigerungen bei SGB II- und SGB XII- Leistungsberechtigten aus den Jahresverbrauchsabrechnungen 2004**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Der TOP wird auf die nächste Sitzung des Sozialausschusses vertagt.

**Beschluss:**

4. **Frühförderung  
Empfehlungsbeschluss der Bezirksvertretung Eilpe/Dahl, das Gesundheitsamt zu beauftragen, alle Eltern von Kindern bis zu 6 Jahren auf die Möglichkeit von Frühförderungen von Kindern hinzuweisen.  
Vorlage: 0559/2005**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Brück-Paschko stellt dem Ausschuss die Vorlage inhaltlich vor, die dieser zur Kenntnis nimmt.

Herr Röspel verlässt die Sitzung um 17.30 Uhr.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Hagen nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Dem Beschlussvorschlag der Bezirksvertretung Eilpe/Dahl wird in der in der Begründung dargestellten Form gefolgt.

**Abstimmungsergebnis:**

- Einstimmig beschlossen  
 Mit Mehrheit beschlossen



- |                                     |                               |
|-------------------------------------|-------------------------------|
| <input type="checkbox"/>            | Einstimmig abgelehnt          |
| <input type="checkbox"/>            | Mit Mehrheit abgelehnt        |
| <input type="checkbox"/>            | Abgelehnt bei Stimmgleichheit |
| <input type="checkbox"/>            | Ohne Beschlussfassung         |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen         |
| <input type="checkbox"/>            |                               |
- 

Dafür: \_\_\_\_\_  
Dagegen: \_\_\_\_\_  
Enthaltungen: \_\_\_\_\_

## 5. Pflegekonferenz nach § 5 Landespflegegesetz Nordrhein-Westfalen (PfG NW) Vorlage: 0460/2005

### Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Nach Vorstellung der Vorlage durch Frau Kreiß fasst der Ausschuss den nachfolgenden Änderungsbeschluss.

### Beschluss:

1. Die Besetzung der Hagener Pflegekonferenz wird neu geregelt.
2. Als Geschäftsführerin wird Frau Ingrid Schmidt bestellt. Sie wird vertreten von Rainer Herr Verrieth.
3. Der Pflegekonferenz gehören an:
  - a) je ein Mitglied der Verbände der freien Wohlfahrtspflege als Vertreter der stationären, teilstationären und ambulanten Einrichtungen
  - b) ein Mitglied eines privaten Trägers als Vertreter der stationären, teilstationären und ambulanten Einrichtungen
  - c) ein Vertreter des Medizinischen Dienstes der Pflegekassen
  - d) ein Vertreter der Pflegekassen
  - e) ein Vertreter der Behinderten-/Selbsthilfegruppen
  - f) ein Vertreter der Krankenhaussozialdienste
  - g) ein Vertreter des Seniorenbeirates



- h) ein            Vertreter            der            Heimbeiräte/Heimfürsprecher
  
- i) ein Vertreter von Angehörigen von Pflegebedürftigen, Behinderten und  
chronisch  
Kranken



- j) ein Vertreter von gesetzlichen Betreuern von Pflegebedürftigen, Behinderten und chronisch Kranken
- k) jeweils ein Vertreter der einzelnen im Rat vertretenen Fraktionen mit Mitbestimmungsrecht
- l) jeweils ein Vertreter des Integrationsbeirates mit Mitbestimmungsrecht
- m) Beigeordneter des Vorstandsbereiches Umwelt, Gesundheit, Jugend, Soziales und Verbraucherschutz, der zugleich den Vorsitz übernimmt.

Die unter a) – j) genannten Institutionen benennen Vertreterinnen/Vertreter und deren Stellvertreterinnen/Stellvertreter.

Bei Bedarf können andere an der pflegerischen Versorgung beteiligte Institutionen oder Organisationen hinzugezogen werden.

Ständig hinzugezogen wird ein Vertreter/eine Vertreterin der Heimaufsicht.

Weitere sachkundige Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen der Verwaltung (z.B. Fachbereich Jugend und Soziales, Gesundheitsamt...) haben auf Weisung des Vorsitzenden an der Pflegekonferenz teilzunehmen.

### Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input checked="" type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 11

Dagegen:           

Enthaltungen: 2

## 6. Frauenberatungsstelle- Jahresbericht 2004

### Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Müller- Kuna stellt das Team, die Arbeit und die finanzielle Situation der Frauenberatungsstelle vor.

Zielgruppe der Beratungsstelle sind traumatisierte Frauen, deren Alltag stabilisiert und ihnen die erforderliche Sicherheit gegeben werden soll.

Die finanzielle Situation des Vereins stellt sich wie folgt dar:

- die Gesamtkosten der Beratungsstelle belaufen sich auf 160 000 Euro wo-



durch 90 000 Euro vom Land und 50 000 Euro von der Stadt Hagen abgedeckt werden. Der Restbetrag von 20 000 Euro muss durch Spenden erwirtschaftet werden und diese sind in den letzten Jahren massiv zurückgegangen.

Frau Müller- Kuna hofft auf die Multiplikatorenwirkung des Ausschusses damit sich Spender finden, die bereit sind die Arbeit der Beratungsstelle zu unterstützen.

## **Beschluss:**

### **7. Geschäftsbericht 2004 für den Fachbereich Jugend und Soziales ( 2. Lesung) Vorlage: 0473/2005**

#### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Mervelskämper weist darauf hin, dass nach seiner Auffassung der Bereich der Schuldnerberatung unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Gesamtsituation zunehmen wird. Insoweit müsse dieser Umstand auch für das kommende berücksichtigt werden. Nach lebhafter Diskussion billigen die Ausschussmitglieder den Vorschlag von Herrn Steuber zur nächsten Ausschusssitzung eine Vorlage der Verwaltung zur Situation in Hagen erstellen zu lassen.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss nimmt den Geschäftsbericht 2004 des Fachbereichs Jugend und Soziales zustimmend zur Kenntnis.

#### **Abstimmungsergebnis:**

- |                                     |                               |
|-------------------------------------|-------------------------------|
| <input type="checkbox"/>            | Einstimmig beschlossen        |
| <input type="checkbox"/>            | Mit Mehrheit beschlossen      |
| <input type="checkbox"/>            | Einstimmig abgelehnt          |
| <input type="checkbox"/>            | Mit Mehrheit abgelehnt        |
| <input type="checkbox"/>            | Abgelehnt bei Stimmgleichheit |
| <input type="checkbox"/>            | Ohne Beschlussfassung         |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen         |
| <input type="checkbox"/>            |                               |

Dafür: \_\_\_\_\_

Dagegen: \_\_\_\_\_

Enthaltungen: \_\_\_\_\_



8. **Zuschüsse an die Wohlfahrtsverbände und andere**  
**hier: Jahresberichte 2004 ( 2. Lesung)**  
**Vorlage: 0476/2005**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Steuber gibt eine Übersicht über Aufbereitung und konzeptionelle Idee der Geschäftsberichte. Im Rahmen der sich anschließenden Erörterung der Geschäftsberichte werden noch verbliebene Fragen erläutert und geklärt.

Herr Haensel regt an bei künftig anstehenden Kürzungen die anstehenden Aufgaben im Sinne einer Prioritätenliste kritisch zu hinterfragen und Kürzungen nicht gleichmäßig, sondern unter Berücksichtigung der jeweiligen Priorität vorzunehmen.

**Beschluss:**

Die Vorlage der Verwaltung wird ebenso wie die vorgelegten Berichte der Wohlfahrtsverbände zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

- |                                     |                               |
|-------------------------------------|-------------------------------|
| <input type="checkbox"/>            | Einstimmig beschlossen        |
| <input type="checkbox"/>            | Mit Mehrheit beschlossen      |
| <input type="checkbox"/>            | Einstimmig abgelehnt          |
| <input type="checkbox"/>            | Mit Mehrheit abgelehnt        |
| <input type="checkbox"/>            | Abgelehnt bei Stimmgleichheit |
| <input type="checkbox"/>            | Ohne Beschlussfassung         |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen         |
| <input type="checkbox"/>            |                               |
- 

Dafür: \_\_\_\_\_

Dagegen: \_\_\_\_\_

Enthaltungen: \_\_\_\_\_

9. **Bericht HALZ zur aktuellen Situation nach dem SGB II**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Der Tagesordnungspunkt wurde vorgezogen.

Herr Bernhofen vom HALZ lässt die Probleme seit Einführung und Umsetzung des SGB II ausführlich Revue passieren.

In Bezug auf die aktuelle Situation weist er auf folgendes hin:

- die optische und inhaltliche Gestaltung der Bescheide führt bei den Betrof-



fenen zur Verunsicherung, wobei von Herrn Bernhofen explizit die gute Zusammenarbeit mit der ARGE Hagen hervorgehoben wird, so dass viele Probleme „ auf dem kleinen Dienstweg“ gelöst werden können.

- Insbesondere bestehen Probleme bei der Umsetzung der zwischenzeitlich versandten Bescheide betreffend Wohnungswechsel. Hier herrscht bei den Betroffenen eine große Verunsicherung.
- Problematisch ist ferner die Handhabung beantragte Leistungen ohne formellen Bescheid abzulehnen, so dass für die Bürger weder die Gründe für die Ablehnung nachvollziehbar sind noch die entsprechenden Hinweise auf Rechtsschutzmöglichkeiten gegeben werden.
- Überdies wird von den Betroffenen wiederholt Art und Ton der Außendienstmitarbeiter moniert. Weitere Irritationen entstehen dadurch, dass die Gewährung vergleichbarer Leistungen unterschiedlich- nicht nachvollziehbar- gehandhabt wird.
- Die telefonische Erreichbarkeit der ARGE Mitarbeiter wird von Herrn Bernhofen als schwierig kategorisiert.

Herr Rumberg räumt in seiner Replik ein, dass die von Herrn Bernhofen beschriebenen Zustände weitestgehend bekannt sind.

## **Beschluss:**

### **10. Anfragen gemäß § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung**

#### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Der Sozialausschuss verlegt einstimmig den nächsten Sitzungstermin auf den 18.10.2005.

## **Beschluss:**

Ende des öffentlichen Teiles:18.20 Uhr

**C. ANWESENDE**

<b>Name</b>		<b>Bemerkungen</b>
Frau Buchholz, Birgit	SPD	
Herr Faust, Ralph	SPD	
Herr Häßner, Ulrich	SPD	Fehlt entschuldigt
Frau Machatschek, Dorothee	SPD	
Herr Mervelskemper, Peter	SPD	
Herr Schellhorn, Heinz	SPD	
Frau Timm-Bergs, Ramona	SPD	
Herr Bock, Joachim	CDU	Fehlt entschuldigt
Frau Dannert, Ulrike	CDU	
Frau Kurte, Hildegard	CDU	Fehlt entschuldigt
Herr Link, Dietmar	CDU	
Herr Röspel, Wolfgang	CDU	Teilnahme bis 17.30 Uhr
Frau von Mallinckrodt, Karin	CDU	Fehlt entschuldigt
Herr Hans-Jochen Vaupel	CDU	
Herr Halbeisen, Norbert	GRÜNE	Fehlt entschuldigt
Herr Dücker, Viktor	FDP	
Herr Brüggemann, Fritz	BfH	



## Stellv. Mitglieder des Sozialausschusses

**Name**

**Bemerkungen**

Herr Strüwer, Willi

Frau Hermesmann, Christiane



## Sachkundige Einwohner/ Beratende Mitglieder

Name	Bemerkungen
Herr Puder, Hubert	
Herr Haensel, Thomas	
Herr Insel, Norbert	
Herr Denecke, Friedrich	Fehlt entschuldigt
Herr Kilic, Mehmet	
Herr Weber, Manfred	

## Gäste

Name	Bemerkungen
Frau Müller Kuna	Frauenberatungsstelle
Herr Rumberg	ARGE Hagen
Herr Bernhofen	HALZ

## Verwaltung

Name	Bemerkungen
Dez. 3	Fehlt entschuldigt
Gesundheitsamt	Frau Dr. Sommer, Frau Brück Paschko



---

**Fachbereich Jugend & Soziales:**

Herr Steuber

---

Herr Dr. Brauers

---

Herr Stüwe

---

Frau Kreiß

---

Frau Meyer

---

Gez. Machatschek

---

Vorsitzende/r

---

Schriftführer/in